

Strafprozessordnung (StPO)

Bundesrecht

Titel: Strafprozessordnung (StPO)	Normgeber: Bund
Amtliche Abkürzung: StPO	Gliederungs-Nr.: 312-2
Normtyp: Gesetz	

Strafprozessordnung (StPO) ⁽¹⁾

In der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074 , 1319)

Zuletzt geändert durch Artikel 13a des Gesetzes vom 27. März 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 109)

Inhaltsübersicht §§

Erstes Buch
Allgemeine Vorschriften

Erster Abschnitt
Sachliche Zuständigkeit der Gerichte

Anwendbarkeit des Gerichtsverfassungsgesetzes	1
Verbindung und Trennung von Strafsachen	2
Begriff des Zusammenhanges	3
Verbindung und Trennung rechtshängiger Strafsachen	4
Maßgebendes Verfahren	5
Prüfung der sachlichen Zuständigkeit	6
Zuständigkeit besonderer Strafkammern	6a

Zweiter Abschnitt
Gerichtsstand

Gerichtsstand des Tatortes	7
Gerichtsstand des Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes	8
Gerichtsstand des Ergreifungsortes	9
Gerichtsstand bei Auslandstaten auf Schiffen oder in Luftfahrzeugen	10
Gerichtsstand bei Auslandstaten im Bereich des Meeres	10a
Gerichtsstand bei Auslandstaten extrritorialer Deutscher und deutscher Beamter	11
Gerichtsstand bei Auslandstaten von Soldaten in besonderer Auslandsverwendung	11a
Zusammentreffen mehrerer Gerichtsstände	12
Gerichtsstand bei zusammenhängenden Strafsachen	13
Zuständigkeitsbestimmung durch den Bundesgerichtshof	13a
Zuständigkeitsbestimmung durch das gemeinschaftliche obere Gericht	14
Gerichtsstand kraft Übertragung bei Hinderung des zuständigen Gerichts	15
Prüfung der örtlichen Zuständigkeit; Einwand der Unzuständigkeit	16

(weggefallen)	17
(weggefallen)	18
Zuständigkeitsbestimmung bei Zuständigkeitsstreit	19
Untersuchungshandlungen eines unzuständigen Gerichts	20
Befugnisse bei Gefahr im Verzug	21

Dritter Abschnitt

Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen

Ausschließung von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes	22
Ausschließung eines Richters wegen Mitwirkung an der angefochtenen Entscheidung	23
Ablehnung eines Richters; Besorgnis der Befangenheit	24
Ablehnungszeitpunkt	25
Ablehnungsverfahren	26
Verwerfung eines unzulässigen Ablehnungsantrags	26a
Entscheidung über einen zulässigen Ablehnungsantrag	27
Rechtsmittel	28
Verfahren nach Ablehnung eines Richters	29
Ablehnung eines Richters bei Selbstanzeige und von Amts wegen	30
Schöffen, Urkundsbeamte	31

Vierter Abschnitt

Aktenführung und Kommunikation im Verfahren

Elektronische Aktenführung; Verordnungsermächtigungen	32
Elektronischer Rechtsverkehr mit Strafverfolgungsbehörden und Gerichten; Verordnungsermächtigungen	32a
Erstellung und Übermittlung strafverfolgungsbehördlicher und gerichtlicher elektronischer Dokumente; Verordnungsermächtigung	32b
Elektronische Formulare; Verordnungsermächtigung	32c
Pflicht zur elektronischen Übermittlung	32d
Übertragung von Dokumenten zu Aktenführungszwecken	32e
Form der Gewährung von Akteneinsicht; Verordnungsermächtigung	32f

Abschnitt 4a

Gerichtliche Entscheidungen

Gewährung rechtlichen Gehörs vor einer Entscheidung	33
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Nichtgewährung rechtlichen Gehörs	33a
Begründung anfechtbarer und ablehnender Entscheidungen	34
Eintritt der Rechtskraft bei Verwerfung eines Rechtsmittels durch Beschluss	34a
Bekanntmachung	35
Rechtsmittelbelehrung	35a

Abschnitt 4b

Verfahren bei Zustellungen

Zustellung und Vollstreckung	36
Zustellungsverfahren	37
Unmittelbare Ladung	38
(weggefallen)	39
Öffentliche Zustellung	40
Zustellungen an die Staatsanwaltschaft	41

Fünfter Abschnitt

Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

Berechnung von Tagesfristen	42
Berechnung von Wochen- und Monatsfristen	43
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Fristversäumung	44
Anforderungen an einen Wiedereinsetzungsantrag	45
Zuständigkeit; Rechtsmittel	46
Keine Vollstreckungshemmung	47

Sechster Abschnitt

Zeugen

Zeugenpflichten; Ladung	48
Besonders schutzbedürftige Zeugen; Beschleunigungsgebot	48a
Vernehmung des Bundespräsidenten	49
Vernehmung von Abgeordneten und Mitgliedern einer Regierung	50
Folgen des Ausbleibens eines Zeugen	51
Zeugnisverweigerungsrecht der Angehörigen des Beschuldigten	52
Zeugnisverweigerungsrecht der Berufsheimnisträger	53
Zeugnisverweigerungsrecht der mitwirkenden Personen	53a
Aussagegenehmigung für Angehörige des öffentlichen Dienstes	54
Auskunftsverweigerungsrecht	55
Glaubhaftmachung des Verweigerungsgrundes	56
Belehrung	57
Vernehmung; Gegenüberstellung	58
Aufzeichnung der Vernehmung in Bild und Ton	58a
Vernehmung im Wege der Bild- und Tonübertragung	58b
Vereidigung	59
Vereidigungsverbote	60
Recht zur Eidesverweigerung	61
Vereidigung im vorbereitenden Verfahren	62
Vereidigung bei Vernehmung durch den beauftragten oder ersuchten Richter	63
Eidesformel	64
Eidesgleiche Bekräftigung der Wahrheit von Aussagen	65
Eidesleistung bei Hör- oder Sprachbehinderung	66
Berufung auf einen früheren Eid	67
Vernehmung zur Person; Beschränkung von Angaben, Zeugenschutz	68
Beschränkung des Fragerechts aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes	68a
Zeugenbeistand	68b

Vernehmung zur Sache	69
Folgen unberechtigter Zeugnis- oder Eidesverweigerung	70
Zeugenentschädigung	71

Siebter Abschnitt

Sachverständige und Augenschein

Anwendung der Vorschriften über Zeugen auf Sachverständige	72
Auswahl des Sachverständigen	73
Ablehnung des Sachverständigen	74
Pflicht des Sachverständigen zur Erstattung des Gutachtens	75
Gutachtenverweigerungsrecht des Sachverständigen	76
Ausbleiben oder unberechtigte Gutachtenverweigerung des Sachverständigen	77
Richterliche Leitung der Tätigkeit des Sachverständigen	78
Vereidigung des Sachverständigen	79
Vorbereitung des Gutachtens durch weitere Aufklärung	80
Vorbereitung des Gutachtens im Vorverfahren	80a
Unterbringung des Beschuldigten zur Vorbereitung eines Gutachtens	81
Körperliche Untersuchung des Beschuldigten; Zulässigkeit körperlicher Eingriffe	81a
Erkennungsdienstliche Maßnahmen bei dem Beschuldigten	81b
Untersuchung anderer Personen	81c
Durchführung körperlicher Untersuchungen durch Personen gleichen Geschlechts	81d
Molekulargenetische Untersuchung	81e
Verfahren bei der molekulargenetischen Untersuchung	81f
DNA-Identitätsfeststellung	81g
DNA-Reihenuntersuchung	81h
Form der Erstattung eines Gutachtens im Vorverfahren	82
Anordnung einer neuen Begutachtung	83
Sachverständigenvergütung	84
Sachverständige Zeugen	85
Richterlicher Augenschein	86
Leichenschau, Leichenöffnung, Ausgrabung der Leiche	87
Identifizierung des Verstorbenen vor Leichenöffnung	88
Umfang der Leichenöffnung	89
Öffnung der Leiche eines Neugeborenen	90
Untersuchung der Leiche bei Verdacht einer Vergiftung	91
Gutachten bei Verdacht einer Geld- oder Wertzeichenfälschung	92
Schriftgutachten	93

Achter Abschnitt

Ermittlungsmaßnahmen

Sicherstellung und Beschlagnahme von Gegenständen zu Beweis Zwecken	94
Herausgabepflicht	95
Zurückstellung der Benachrichtigung des Beschuldigten; Offenbarungsverbot	95a
Amtlich verwahrte Schriftstücke	96
Beschlagnahmeverbot	97

Verfahren bei der Beschlagnahme	98
Rasterfahndung	98a
Verfahren bei der Rasterfahndung	98b
Maschineller Abgleich mit vorhandenen Daten	98c
Postbeschlagnahme und Auskunftsverlangen	99
Verfahren bei der Postbeschlagnahme und Auskunftsverlangen	100
Telekommunikationsüberwachung	100a
Online-Durchsuchung	100b
Akustische Wohnraumüberwachung	100c
Kernbereich privater Lebensgestaltung; Zeugnisverweigerungsberechtigte	100d
Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 100a bis 100c	100e
Akustische Überwachung außerhalb von Wohnraum	100f
Erhebung von Verkehrsdaten	100g
Weitere Maßnahmen außerhalb von Wohnraum	100h
Technische Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten	100i
Bestandsdatenauskunft	100j
Erhebung von Nutzungsdaten bei Telemediendiensten	100k
Verfahrensregelungen bei verdeckten Maßnahmen	101
Gerichtliche Entscheidung; Datenkennzeichnung und -auswertung; Benachrichtigungspflichten bei Verkehrs- und Nutzungsdaten	101a
Statistische Erfassung; Berichtspflichten	101b
Durchsuchung bei Beschuldigten	102
Durchsuchung bei anderen Personen	103
Durchsuchung von Räumen zur Nachtzeit	104
Verfahren bei der Durchsuchung	105
Hinzuziehung des Inhabers eines Durchsuchungsobjekts	106
Durchsuchungsbescheinigung; Beschlagnahmeverzeichnis	107
Beschlagnahme anderer Gegenstände	108
Kenntlichmachung beschlagnahmter Gegenstände	109
Durchsicht von Papieren und elektronischen Speichermedien	110
Verdeckter Ermittler	110a
Verfahren beim Einsatz eines Verdeckten Ermittlers	110b
Befugnisse des Verdeckten Ermittlers	110c
Besonderes Verfahren bei Einsätzen zur Ermittlung von Straftaten nach den §§ 176e und 184b des Strafgesetzbuches	110d
Errichtung von Kontrollstellen an öffentlich zugänglichen Orten	111
Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	111a
Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung oder Unbrauchbarmachung	111b
Vollziehung der Beschlagnahme	111c
Wirkung der Vollziehung der Beschlagnahme; Rückgabe beweglicher Sachen	111d
Vermögensarrest zur Sicherung der Wertersatzeinziehung	111e
Vollziehung des Vermögensarrestes	111f
Aufhebung der Vollziehung des Vermögensarrestes	111g
Wirkung der Vollziehung des Vermögensarrestes	111h
Insolvenzverfahren	111i
Verfahren bei der Anordnung der Beschlagnahme und des Vermögensarrestes	111j
Verfahren bei der Vollziehung der Beschlagnahme und des Vermögensarrestes	111k

Mitteilungen	111l
Verwaltung beschlagnahmter oder gepfändeter Gegenstände	111m
Herausgabe beweglicher Sachen	111n
Verfahren bei der Herausgabe	111o
Notveräußerung	111p
Beschlagnahme von Verkörperungen eines Inhalts und Vorrichtungen	111q

Neunter Abschnitt

Verhaftung und vorläufige Festnahme

Voraussetzungen der Untersuchungshaft; Haftgründe	112
Haftgrund der Wiederholungsgefahr	112a
Untersuchungshaft bei leichteren Taten	113
Haftbefehl	114
Aushändigung des Haftbefehls; Übersetzung	114a
Belehrung des verhafteten Beschuldigten	114b
Benachrichtigung von Angehörigen	114c
Mitteilungen an die Vollzugsanstalt	114d
Übermittlung von Erkenntnissen durch die Vollzugsanstalt	114e
Vorführung vor den zuständigen Richter	115
Vorführung vor den Richter des nächsten Amtsgerichts	115a
Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls	116
Aussetzung gegen Sicherheitsleistung	116a
Verhältnis von Untersuchungshaft zu anderen freiheitsentziehenden Maßnahmen	116b
Haftprüfung	117
Verfahren bei der Haftprüfung	118
Mündliche Verhandlung bei der Haftprüfung	118a
Anwendung von Rechtsmittelvorschriften	118b
Haftgrundbezogene Beschränkungen während der Untersuchungshaft	119
Gerichtliche Entscheidung über eine Maßnahme der Vollzugsbehörde	119a
Aufhebung des Haftbefehls	120
Fortdauer der Untersuchungshaft über sechs Monate	121
Besondere Haftprüfung durch das Oberlandesgericht	122
Höchstdauer der Untersuchungshaft bei Wiederholungsgefahr	122a
Aufhebung der Vollzugsaussetzung dienender Maßnahmen	123
Verfall der geleisteten Sicherheit	124
Zuständigkeit für den Erlass des Haftbefehls	125
Zuständigkeit für weitere gerichtliche Entscheidungen	126
Einstweilige Unterbringung	126a
Vorläufige Festnahme	127
Absehen von der Anordnung oder Aufrechterhaltung der vorläufigen Festnahme	127a
Vorläufige Festnahme und Haftbefehl bei beschleunigtem Verfahren	127b
Vorführung bei vorläufiger Festnahme	128
Vorführung bei vorläufiger Festnahme nach Anklageerhebung	129
Haftbefehl vor Stellung eines Strafantrags	130

Abschnitt 9a

Weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der Strafverfolgung und Strafvollstreckung

Ausschreibung zur Festnahme	131
Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung	131a
Veröffentlichung von Abbildungen des Beschuldigten oder Zeugen	131b
Anordnung und Bestätigung von Fahndungsmaßnahmen	131c
Sicherheitsleistung, Zustellungsbevollmächtigter	132

Abschnitt 9b

Vorläufiges Berufsverbot

Anordnung und Aufhebung eines vorläufigen Berufsverbots	132a
---	------

Zehnter Abschnitt

Vernehmung des Beschuldigten

Ladung	133
Vorführung	134
Sofortige Vernehmung	135
Vernehmung	136
Verbotene Vernehmungsmethoden; Beweisverwertungsverbote	136a

Elfter Abschnitt

Verteidigung

Recht des Beschuldigten auf Hinzuziehung eines Verteidigers	137
Wahlverteidiger	138
Ausschließung des Verteidigers	138a
Ausschließung bei Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland	138b
Zuständigkeit für die Ausschließungsentscheidung	138c
Verfahren bei Ausschließung des Verteidigers	138d
Übertragung der Verteidigung auf einen Referendar	139
Notwendige Verteidigung	140
Zeitpunkt der Bestellung eines Pflichtverteidigers	141
Vernehmungen und Gegenüberstellungen vor der Bestellung eines Pflichtverteidigers	141a
Zuständigkeit und Bestellungsverfahren	142
Dauer und Aufhebung der Bestellung	143
Verteidigerwechsel	143a
Zusätzliche Pflichtverteidiger	144
Ausbleiben oder Weigerung des Pflichtverteidigers	145
Zustellungen an den Verteidiger	145a
Verbot der Mehrfachverteidigung	146
Zurückweisung eines Wahlverteidigers	146a
Akteneinsichtsrecht, Besichtigungsrecht; Auskunftsrecht des Beschuldigten	147
Kommunikation des Beschuldigten mit dem Verteidiger	148
Durchführung von Überwachungsmaßnahmen	148a
Zulassung von Beiständen	149

Zweites Buch**Verfahren im ersten Rechtszug****Erster Abschnitt****Öffentliche Klage**

Anklagegrundsatz	151
Anklagebehörde; Legalitätsgrundsatz	152
Landesgesetzliche Vorschriften über die Strafverfolgung von Abgeordneten	152a
Absehen von der Verfolgung bei Geringfügigkeit	153
Absehen von der Verfolgung unter Auflagen und Weisungen	153a
Absehen von der Verfolgung bei möglichem Absehen von Strafe	153b
Absehen von der Verfolgung bei Auslandstaten	153c
Absehen von der Verfolgung bei Staatsschutzdelikten wegen überwiegender öffentlicher Interessen	153d
Absehen von der Verfolgung bei Staatsschutzdelikten wegen tätiger Reue	153e
Absehen von der Verfolgung bei Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch	153f
Teileinstellung bei mehreren Taten	154
Beschränkung der Verfolgung	154a
Absehen von der Verfolgung bei Auslieferung und Ausweisung	154b
Absehen von der Verfolgung des Opfers einer Nötigung oder Erpressung	154c
Verfolgung bei zivil- oder verwaltungsrechtlicher Vorfrage	154d
Absehen von der Verfolgung bei falscher Verdächtigung oder Beleidigung	154e
Einstellung des Verfahrens bei vorübergehenden Hindernissen	154f
Umfang der gerichtlichen Untersuchung und Entscheidung	155
Täter-Opfer-Ausgleich	155a
Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs	155b
Anklagerücknahme	156
Bezeichnung als Angeschuldigter oder Angeklagter	157

Zweiter Abschnitt**Vorbereitung der öffentlichen Klage**

Strafanzeige; Strafantrag	158
Anzeigepflicht bei Leichenfund und Verdacht auf unnatürlichen Tod	159
Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung	160
Maßnahmen bei zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsgeheimnisträgern	160a
Erörterung des Verfahrensstands mit den Verfahrensbeteiligten	160b
Allgemeine Ermittlungsbefugnis der Staatsanwaltschaft	161
Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen durch die Staatsanwaltschaft	161a
Ermittlungsrichter	162
Aufgaben der Polizei im Ermittlungsverfahren	163
Vernehmung des Beschuldigten	163a
Maßnahmen zur Identitätsfeststellung	163b
Freiheitsentziehung zur Identitätsfeststellung	163c

Speicherung und Abgleich von Daten aus Kontrollen	163d
Ausschreibung zur Beobachtung bei polizeilichen Kontrollen	163e
Längerfristige Observation	163f
Automatische Kennzeichenerfassung	163g
Festnahme von Störern	164
Richterliche Untersuchungshandlungen bei Gefahr im Verzug	165
Beweisanträge des Beschuldigten bei richterlichen Vernehmungen	166
Weitere Verfügung der Staatsanwaltschaft	167
Protokoll über richterliche Untersuchungshandlungen	168
Art der Protokollierung; Aufzeichnungen	168a
Protokoll über ermittlungsbehördliche Untersuchungshandlungen	168b
Anwesenheitsrecht bei richterlichen Vernehmungen	168c
Anwesenheitsrecht bei Einnahme eines richterlichen Augenscheins	168d
Vernehmung von Zeugen getrennt von Anwesenheitsberechtigten	168e
Ermittlungsrichter des Oberlandesgerichts und des Bundesgerichtshofes	169
Vermerk über den Abschluss der Ermittlungen	169a
Entscheidung über eine Anklageerhebung	170
Einstellungsbescheid	171
Beschwerde des Verletzten; Klageerzwingungsverfahren	172
Verfahren des Gerichts nach Antragstellung	173
Verwerfung des Antrags	174
Anordnung der Anklageerhebung	175
Sicherheitsleistung durch den Antragsteller	176
Kosten	177

Dritter Abschnitt

(weggefallen)	178 bis 197
---------------	----------------

Vierter Abschnitt

Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens

(weggefallen)	198
Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens	199
Inhalt der Anklageschrift	200
Übermittlung der Anklageschrift	201
Anordnung ergänzender Beweiserhebungen	202
Erörterung des Verfahrensstands mit den Verfahrensbeteiligten	202a
Eröffnungsbeschluss	203
Nichteröffnungsbeschluss	204
Einstellung des Verfahrens bei vorübergehenden Hindernissen	205
Keine Bindung an Anträge	206
Einstellung des Verfahrens bei Verfahrenshindernis	206a
Einstellung des Verfahrens wegen Gesetzesänderung	206b
Inhalt des Eröffnungsbeschlusses	207
(weggefallen)	208
Eröffnungszuständigkeit	209

Besondere funktionelle Zuständigkeiten	209a
Rechtsmittel gegen den Eröffnungs- oder Ablehnungsbeschluss	210
Wiederaufnahme nach Ablehnungsbeschluss	211

Fünfter Abschnitt

Vorbereitung der Hauptverhandlung

Erörterung des Verfahrensstands mit den Verfahrensbeteiligten	212
Bestimmung eines Termins zur Hauptverhandlung	213
Ladungen durch den Vorsitzenden; Herbeischaffung der Beweismittel	214
Zustellung des Eröffnungsbeschlusses	215
Ladung des Angeklagten	216
Ladungsfrist	217
Ladung des Verteidigers	218
Beweisanträge des Angeklagten	219
Unmittelbare Ladung durch den Angeklagten	220
Herbeischaffung von Beweismitteln von Amts wegen	221
Namhaftmachung von Zeugen und Sachverständigen	222
Mitteilung der Besetzung des Gerichts	222a
Besetzungseinwand	222b
Vernehmungen durch beauftragte oder ersuchte Richter	223
Benachrichtigung der Beteiligten über den Termin	224
Einnahme des richterlichen Augenscheins durch beauftragte oder ersuchte Richter	225
Zuständigkeitsänderung vor der Hauptverhandlung	225a

Sechster Abschnitt

Hauptverhandlung

Ununterbrochene Gegenwart	226
Mehrere Staatsanwälte und Verteidiger	227
Aussetzung und Unterbrechung	228
Höchstdauer einer Unterbrechung	229
Ausbleiben des Angeklagten	230
Anwesenheitspflicht des Angeklagten	231
Herbeiführung der Verhandlungsunfähigkeit durch den Angeklagten	231a
Fortsetzung nach Entfernung des Angeklagten zur Aufrechterhaltung der Ordnung	231b
Beurlaubung einzelner Angeklagter und ihrer Pflichtverteidiger	231c
Durchführung der Hauptverhandlung trotz Ausbleibens des Angeklagten	232
Entbindung des Angeklagten von der Pflicht zum Erscheinen	233
Vertretung des abwesenden Angeklagten	234
Befugnisse des Verteidigers bei Vertretung des abwesenden Angeklagten	234a
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Verhandlung ohne den Angeklagten	235
Anordnung des persönlichen Erscheinens des Angeklagten	236
Verbindung mehrerer Strafsachen	237
Verhandlungsleitung	238
Kreuzverhör	239
Fragerecht	240

Zurückweisung von Fragen durch den Vorsitzenden	241
Vernehmung minderjähriger Zeugen durch den Vorsitzenden	241a
Entscheidung über die Zulässigkeit von Fragen	242
Gang der Hauptverhandlung	243
Beweisaufnahme; Untersuchungsgrundsatz; Ablehnung von Beweisanträgen	244
Umfang der Beweisaufnahme; präsente Beweismittel	245
Ablehnung von Beweisanträgen wegen Verspätung	246
Vernehmung eines Sachverständigen vor Entscheidung über eine Unterbringung	246a
Entfernung des Angeklagten bei Vernehmung von Mitangeklagten und Zeugen	247
Anordnung einer audiovisuellen Vernehmung von Zeugen	247a
Entlassung der Zeugen und Sachverständigen	248
Führung des Urkundenbeweises durch Verlesung; Selbstleseverfahren	249
Grundsatz der persönlichen Vernehmung	250
Urkundenbeweis durch Verlesung von Protokollen	251
Verbot der Protokollverlesung nach Zeugnisverweigerung	252
Protokollverlesung zur Gedächtnisunterstützung	253
Verlesung eines richterlichen Protokolls bei Geständnis oder Widersprüchen	254
Protokollierung der Verlesung	255
Vorführung einer aufgezeichneten Zeugenvernehmung	255a
Verlesung der Erklärungen von Behörden und Sachverständigen	256
Befragung des Angeklagten und Erklärungsrechte nach einer Beweiserhebung	257
Form von Anträgen und Anregungen zu Verfahrensfragen	257a
Erörterung des Verfahrensstands mit den Verfahrensbeteiligten	257b
Verständigung zwischen Gericht und Verfahrensbeteiligten	257c
Schlussvorträge; Recht des letzten Wortes	258
Dolmetscher	259
Urteil	260
Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung	261
Entscheidung zivilrechtlicher Vorfragen	262
Abstimmung	263
Gegenstand des Urteils	264
Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes oder der Sachlage	265
Befragung des Angeklagten vor Erteilung von Auflagen oder Weisungen	265a
Nachtragsanklage	266
Urteilsgründe	267
Urteilsverkündung	268
Aussetzung der Vollstreckung von Strafen oder Maßregeln zur Bewährung	268a
Beschluss über die Fortdauer der Untersuchungshaft	268b
Belehrung bei Anordnung eines Fahrverbots	268c
Belehrung bei vorbehaltener Sicherungsverwahrung	268d
Verbot der Verweisung bei Zuständigkeit eines Gerichts niederer Ordnung	269
Verweisung bei Zuständigkeit eines Gerichts höherer Ordnung	270
Hauptverhandlungsprotokoll	271
Inhalt des Hauptverhandlungsprotokolls	272
Beurkundung der Hauptverhandlung	273
Beweiskraft des Protokolls	274
Absetzungsfrist und Form des Urteils	275

Siebter Abschnitt

Entscheidung über die im Urteil vorbehaltene oder die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung

Einleitung des Verfahrens; Hauptverhandlung; Unterbringungsbefehl 275a

Achter Abschnitt

Verfahren gegen Abwesende

Begriff der Abwesenheit	276
(weggefallen)	277
(weggefallen)	278
(weggefallen)	279
(weggefallen)	280
(weggefallen)	281
(weggefallen)	282
(weggefallen)	283
(weggefallen)	284
Beweissicherungszweck	285
Vertretung von Abwesenden	286
Benachrichtigung von Abwesenden	287
Öffentliche Aufforderung zum Erscheinen oder zur Aufenthaltsortsanzeige	288
Beweisaufnahme durch beauftragte oder ersuchte Richter	289
Vermögensbeschlagnahme	290
Bekanntmachung der Beschlagnahme	291
Wirkung der Bekanntmachung	292
Aufhebung der Beschlagnahme	293
Verfahren nach Anklageerhebung	294
Sicheres Geleit	295

Drittes Buch

Rechtsmittel

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

Rechtsmittelberechtigte	296
Einlegung durch den Verteidiger	297
Einlegung durch den gesetzlichen Vertreter	298
Abgabe von Erklärungen bei Freiheitsentzug	299
Falschbezeichnung eines zulässigen Rechtsmittels	300
Wirkung eines Rechtsmittels der Staatsanwaltschaft	301
Zurücknahme und Verzicht	302
Zustimmungserfordernis bei Zurücknahme	303

Zweiter Abschnitt

Beschwerde

Zulässigkeit	304
Nicht der Beschwerde unterliegende Entscheidungen	305
Beschwerde gegen Strafaussetzungsbeschluss	305a
Einlegung; Abhilfeverfahren	306
Keine Vollzugshemmung	307
Befugnisse des Beschwerdegerichts	308
Entscheidung	309
Weitere Beschwerde	310
Sofortige Beschwerde	311
Nachträgliche Anhörung des Gegners	311a

Dritter Abschnitt

Berufung

Zulässigkeit	312
Annahmoberufung bei geringen Geldstrafen und Geldbußen	313
Form und Frist	314
Berufung und Wiedereinsetzungsantrag	315
Hemmung der Rechtskraft	316
Berufungsbegründung	317
Berufungsbeschränkung	318
Verspätete Einlegung	319
Aktenübermittlung an die Staatsanwaltschaft	320
Aktenübermittlung an das Berufungsgericht	321
Verwerfung ohne Hauptverhandlung	322
Entscheidung über die Annahme der Berufung	322a
Vorbereitung der Berufungshauptverhandlung	323
Gang der Berufungshauptverhandlung	324
Verlesung von Urkunden	325
Schlussvorträge	326
Umfang der Urteilsprüfung	327
Inhalt des Berufungsurteils	328
Ausbleiben des Angeklagten; Vertretung in der Berufungshauptverhandlung	329
Maßnahmen bei Berufung des gesetzlichen Vertreters	330
Verbot der Verschlechterung	331
Anwendbarkeit der Vorschriften über die erstinstanzliche Hauptverhandlung	332

Vierter Abschnitt

Revision

Zulässigkeit	333
(weggefallen)	334
Sprungrevision	335
Überprüfung der dem Urteil vorausgegangenen Entscheidungen	336
Revisionsgründe	337

Absolute Revisionsgründe	338
Rechtsnormen zugunsten des Angeklagten	339
Revision gegen Berufungsurteile bei Vertretung des Angeklagten	340
Form und Frist	341
Revision und Wiedereinsetzungsantrag	342
Hemmung der Rechtskraft	343
Revisionsbegründung	344
Revisionsbegründungsfrist	345
Verspätete oder formwidrige Einlegung	346
Zustellung; Gegenerklärung; Vorlage der Akten an das Revisionsgericht	347
Unzuständigkeit des Gerichts	348
Entscheidung ohne Hauptverhandlung durch Beschluss	349
Revisionshauptverhandlung	350
Gang der Revisionshauptverhandlung	351
Umfang der Urteilsprüfung	352
Aufhebung des Urteils und der Feststellungen	353
Eigene Entscheidung in der Sache; Zurückverweisung	354
Entscheidung bei Gesetzesänderung	354a
Verweisung an das zuständige Gericht	355
Urteilsverkündung	356
Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör bei einer Revisionsentscheidung	356a
Revisionserstreckung auf Mitverurteilte	357
Bindung des Tatgerichts; Verbot der Schlechterstellung	358

Viertes Buch

Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens

Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten	359
Keine Hemmung der Vollstreckung	360
Wiederaufnahme nach Vollstreckung oder Tod des Verurteilten	361
Wiederaufnahme zuungunsten des Verurteilten	362
Unzulässigkeit	363
Behauptung einer Straftat	364
Bestellung eines Verteidigers für das Wiederaufnahmeverfahren	364a
Bestellung eines Verteidigers für die Vorbereitung des Wiederaufnahmeverfahrens	364b
Geltung der allgemeinen Vorschriften über Rechtsmittel für den Antrag	365
Inhalt und Form des Antrags	366
Zuständigkeit des Gerichts; Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	367
Verwerfung wegen Unzulässigkeit	368
Beweisaufnahme	369
Entscheidung über die Begründetheit	370
Freisprechung ohne erneute Hauptverhandlung	371
Sofortige Beschwerde	372
Urteil nach erneuter Hauptverhandlung; Verbot der Schlechterstellung	373
Verfahren bei Strafbefehl	373a

Fünftes Buch

Beteiligung des Verletzten am Verfahren

Erster Abschnitt

Definition

Begriff des Verletzten	373b
------------------------	------

Zweiter Abschnitt

Privatklage

Zulässigkeit; Privatklageberechtigte	374
Mehrere Privatklageberechtigte	375
Anklageerhebung bei Privatklagedelikten	376
Beteiligung der Staatsanwaltschaft; Übernahme der Verfolgung	377
Beistand und Vertreter des Privatklägers	378
Sicherheitsleistung; Prozesskostenhilfe	379
Gebührevorschuss	379a
Erfolgloser Sühneversuch als Zulässigkeitsvoraussetzung	380
Erhebung der Privatklage	381
Mitteilung der Privatklage an den Beschuldigten	382
Eröffnungs- oder Zurückweisungsbeschluss; Einstellung bei geringer Schuld	383
Weiteres Verfahren	384
Stellung des Privatklägers; Ladung; Akteneinsicht	385
Ladung von Zeugen und Sachverständigen	386
Vertretung in der Hauptverhandlung	387
Widerklage	388
Einstellung durch Urteil bei Verdacht eines Officialdelikts	389
Rechtsmittel des Privatklägers	390
Rücknahme der Privatklage; Verwerfung bei Versäumung; Wiedereinsetzung	391
Wirkung der Rücknahme	392
Tod des Privatklägers	393
Bekanntmachung an den Beschuldigten	394

Dritter Abschnitt

Nebenklage

Befugnis zum Anschluss als Nebenkläger	395
Anschlussserklärung; Entscheidung über die Befugnis zum Anschluss	396
Verfahrensrechte des Nebenklägers	397
Bestellung eines Beistands; Prozesskostenhilfe	397a
Gemeinschaftliche Nebenklagevertretung	397b
Fortgang des Verfahrens bei Anschluss	398
Bekanntmachung und Anfechtbarkeit früherer Entscheidungen	399
Rechtsmittelbefugnis des Nebenklägers	400
Einlegung eines Rechtsmittels durch den Nebenkläger	401
Widerruf der Anschlussserklärung; Tod des Nebenklägers	402

Vierter Abschnitt
Adhäsionsverfahren

Geltendmachung eines Anspruchs im Adhäsionsverfahren	403
Antrag; Prozesskostenhilfe	404
Vergleich	405
Entscheidung über den Antrag im Strafurteil; Absehen von einer Entscheidung	406
Rechtsmittel	406a
Vollstreckung	406b
Wiederaufnahme des Verfahrens	406c

Vierter Abschnitt
Sonstige Befugnisse des Verletzten

Auskunft über den Stand des Verfahrens	406d
Akteneinsicht	406e
Verletztenbeistand	406f
Psychosoziale Prozessbegleitung	406g
Beistand des nebenklageberechtigten Verletzten	406h
Unterrichtung des Verletzten über seine Befugnisse im Strafverfahren	406i
Unterrichtung des Verletzten über seine Befugnisse außerhalb des Strafverfahrens	406j
Weitere Informationen	406k
Befugnisse von Angehörigen und Erben von Verletzten	406l

Sechstes Buch
Besondere Arten des Verfahrens

Erster Abschnitt
Verfahren bei Strafbefehlen

Zulässigkeit	407
Richterliche Entscheidung über einen Strafbefehlsantrag	408
Strafbefehlsantrag nach Eröffnung des Hauptverfahrens	408a
Bestellung eines Verteidigers bei beantragter Freiheitsstrafe	408b
Inhalt des Strafbefehls	409
Einspruch; Form und Frist des Einspruchs; Rechtskraft	410
Verwerfung wegen Unzulässigkeit; Termin zur Hauptverhandlung	411
Ausbleiben des Angeklagten; Einspruchsverwerfung	412

Zweiter Abschnitt
Sicherungsverfahren

Zulässigkeit	413
Verfahren; Antragsschrift	414
Hauptverhandlung ohne Beschuldigten	415
Übergang in das Strafverfahren	416

Abschnitt 2a

Beschleunigtes Verfahren

Zulässigkeit	417
Durchführung der Hauptverhandlung	418
Entscheidung des Gerichts; Strafmaß	419
Beweisaufnahme	420

Dritter Abschnitt

Verfahren bei Einziehung und Vermögensbeschlagnahme

Absehen von der Einziehung	421
Abtrennung der Einziehung	422
Einziehung nach Abtrennung	423
Einziehungsbeteiligte am Strafverfahren	424
Absehen von der Verfahrensbeteiligung	425
Anhörung von möglichen Einziehungsbeteiligten im vorbereitenden Verfahren	426
Befugnisse des Einziehungsbeteiligten im Hauptverfahren	427
Vertretung des Einziehungsbeteiligten	428
Terminsnachricht an den Einziehungsbeteiligten	429
Stellung in der Hauptverhandlung	430
Rechtsmittelverfahren	431
Einziehung durch Strafbefehl	432
Nachverfahren	433
Entscheidung im Nachverfahren	434
Selbständiges Einziehungsverfahren	435
Entscheidung im selbständigen Einziehungsverfahren	436
Besondere Regelungen für das selbständige Einziehungsverfahren	437
Nebenbetroffene am Strafverfahren	438
Der Einziehung gleichstehende Rechtsfolgen	439
(weggefallen)	440 bis 442
Vermögensbeschlagnahme	443

Vierter Abschnitt

Verfahren bei Festsetzung von Geldbußen gegen juristische Personen und Personenvereinigungen

Verfahren	444
(weggefallen)	445
(weggefallen)	446
(weggefallen)	447
(weggefallen)	448

Siebentes Buch

Strafvollstreckung und Kosten des Verfahrens

Erster Abschnitt

Strafvollstreckung

Vollstreckbarkeit	449
Anrechnung von Untersuchungshaft und Führerscheinentziehung	450
Anrechnung einer im Ausland erlittenen Freiheitsentziehung	450a
Vollstreckungsbehörde	451
Begnadigungsrecht	452
Nachträgliche Entscheidung über Strafaussetzung zur Bewährung oder Verwarnung mit Strafvorbehalt	453
Belehrung bei Strafaussetzung oder Verwarnung mit Strafvorbehalt	453a
Bewährungsüberwachung	453b
Vorläufige Maßnahmen vor Widerruf der Aussetzung	453c
Aussetzung des Restes einer Freiheitsstrafe zur Bewährung	454
Beginn der Bewährungszeit; Aufhebung der Aussetzung des Strafrestes	454a
Vollstreckungsreihenfolge bei Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen; Unterbrechung	454b
Strafausstand wegen Vollzugsuntauglichkeit	455
Strafausstand aus Gründen der Vollzugsorganisation	455a
Vorübergehender Aufschub	456
Absehen von Vollstreckung bei Auslieferung, Überstellung oder Ausweisung (weggefallen)	456a 456b
Aufschub und Aussetzung des Berufsverbotes	456c
Ermittlungshandlungen; Vorführungsbefehl, Vollstreckungshaftbefehl	457
Gerichtliche Entscheidungen bei Strafvollstreckung	458
Vollstreckung der Geldstrafe; Anwendung des Justizbeitreibungsgesetzes	459
Bewilligung von Zahlungserleichterungen	459a
Anrechnung von Teilbeträgen	459b
Beitreibung der Geldstrafe	459c
Unterbleiben der Vollstreckung einer Geldstrafe	459d
Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe	459e
Unterbleiben der Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe	459f
Vollstreckung von Nebenfolgen	459g
Entschädigung	459h
Mitteilungen	459i
Verfahren bei Rückübertragung und Herausgabe	459j
Verfahren bei Auskehrung des Verwertungserlöses	459k
Ansprüche des Betroffenen	459l
Entschädigung in sonstigen Fällen	459m
Zahlungen auf Wertersatzentziehung	459n
Einwendungen gegen vollstreckungsrechtliche Entscheidungen	459o
Nachträgliche Gesamtstrafenbildung	460
Anrechnung des Aufenthalts in einem Krankenhaus	461
Verfahren bei gerichtlichen Entscheidungen; sofortige Beschwerde	462
Zuständigkeit der Strafvollstreckungskammer und des erstinstanzlichen Gerichts	462a
Vollstreckung von Maßregeln der Besserung und Sicherung	463
Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsstellen	463a
Beschlagnahme von Führerscheinen	463b

Öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung	463c
Gerichtshilfe	463d
Mündliche Anhörung im Wege der Bild- und Tonübertragung	463e

Zweiter Abschnitt

Kosten des Verfahrens

Kosten- und Auslagenentscheidung; sofortige Beschwerde	464
Kosten des Verfahrens; notwendige Auslagen	464a
Kostenfestsetzung	464b
Kosten bei Bestellung eines Dolmetschers oder Übersetzers für den Angeeschuldigten	464c
Verteilung der Auslagen nach Bruchteilen	464d
Kostentragungspflicht des Verurteilten	465
Haftung Mitverurteilter für Auslagen als Gesamtschuldner	466
Kosten und notwendige Auslagen bei Freispruch, Nichteröffnung und Einstellung	467
Auslagen der Staatskasse bei Einstellung nach Anklagerücknahme	467a
Kosten bei Straffreierklärung	468
Kostentragungspflicht des Anzeigenden bei leichtfertiger oder vorsätzlicher Erstattung einer unwahren Anzeige	469
Kosten bei Zurücknahme des Strafantrags	470
Kosten bei Privatklage	471
Notwendige Auslagen des Nebenklägers	472
Kosten und notwendige Auslagen bei Adhäsionsverfahren	472a
Kosten und notwendige Auslagen bei Nebenbeteiligung	472b
Kosten bei zurückgenommenem oder erfolglosem Rechtsmittel; Kosten der Wiedereinsetzung	473
Kosten und notwendige Auslagen bei gesonderter Entscheidung über die Rechtmäßigkeit einer Ermittlungsmaßnahme	473a

Achtes Buch

Schutz und Verwendung von Daten

Erster Abschnitt

Erteilung von Auskünften und Akteneinsicht, sonstige Verwendung von Daten für verfahrensübergreifende Zwecke

Auskünfte und Akteneinsicht für Justizbehörden und andere öffentliche Stellen	474
Auskünfte und Akteneinsicht für Privatpersonen und sonstige Stellen	475
Auskünfte und Akteneinsicht zu Forschungszwecken	476
Datenübermittlung von Amts wegen	477
Form der Datenübermittlung	478
Übermittlungsverbote und Verwendungsbeschränkungen	479
Entscheidung über die Datenübermittlung	480
Verwendung personenbezogener Daten für polizeiliche Zwecke	481
Mitteilung des Aktenzeichens und des Verfahrensausgangs an die Polizei	482

Zweiter Abschnitt

Regelungen über die Datenverarbeitung

Datenverarbeitung für Zwecke des Strafverfahrens	483
Datenverarbeitung für Zwecke künftiger Strafverfahren; Verordnungsermächtigung	484
Datenverarbeitung für Zwecke der Vorgangsverwaltung	485
Gemeinsame Dateisysteme	486
Übermittlung gespeicherter Daten; Auskunft	487
Automatisierte Verfahren für Datenübermittlungen	488
Löschung und Einschränkung der Verarbeitung von Daten	489
Errichtungsanordnung für automatisierte Dateisysteme	490
Auskunft an betroffene Personen	491

Dritter Abschnitt

Länderübergreifendes staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister

Zentrales staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister	492
Automatisiertes Verfahren für Datenübermittlungen	493
Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung von Daten; Verordnungsermächtigung	494
Auskunft an betroffene Personen	495

Vierter Abschnitt

Schutz personenbezogener Daten in einer elektronischen Akte; Verwendung personenbezogener Daten aus elektronischen Akten

Verwendung personenbezogener Daten in einer elektronischen Akte	496
Datenverarbeitung im Auftrag	497
Verwendung personenbezogener Daten aus elektronischen Akten	498
Löschung elektronischer Aktenkopien	499

Fünfter Abschnitt

Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes

Entsprechende Anwendung (1) <i>Red. Anm.:</i>	500
--	-----

Nach Nummer 3 der Bekanntmachung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind vom 27. Februar 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 69) wird die Richtlinie (EU) 2016/800 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 1) ergänzend zu dem Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2146) sowie dem Gesetz zur Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung vom 10. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2128) umgesetzt durch die §§ 35a , 58 Absatz 2 , die §§ 58a , 81a , 81b , 114b , 114e , 116 , 117 , 118 , 118a , 118b , 121 , 122 , 126a , 136 , 137 , 140 , 148 , 161 , 163 , 163a , 168 , 168a , 168b Absatz 3 , § 168c Absatz 1 , die §§ 201 , 216 , 217 , 230 Absatz 1 , die §§ 231 ff. , 243 Absatz 5 , die §§ 247 , 257 Absatz 1 , § 258 Absatz 1 , § 275a Absatz 6 , die §§ 285 , 304 ff. , 310 Absatz 1 , die §§ 332 , 333 ff. , 338 Nummer 5 sowie § 464a der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 203) geändert worden ist.